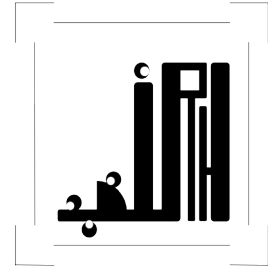


BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de – info@irh-info.de



Demonstration

Limburg an der Lahn, 14. Dezember 2024

„Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten und Geltung des Völkerrechts für alle Staaten“

Rede von Ramazan Kuruyüz, des Vorsitzenden der IRH

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade Allahs/Gottes mögen auf euch sein!
Liebe Geschwister und Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Wir haben uns hier versammelt, weil wir eines nicht länger hinnehmen können: das Schweigen angesichts von Unrecht, Unterdrückung und Verbrechen in Gaza, Palästina, Libanon, Syrien und dem Nahen Osten. Heute stehen wir hier, um ein Zeichen zu setzen – für die Wahrheit und für die Gerechtigkeit.

Wir stehen heute hier, weil wir an Gerechtigkeit glauben. Doch was wir im Nahen Osten und in der Welt sehen, ist das Gegenteil: die Herrschaft des Stärkeren über das Recht. „Das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht!“. Wenn mächtige Staaten – wie Banditen und Terroristen – Recht und internationale Gesetze ignorieren und ihre Interessen mit Gewalt durchsetzen, leiden vor allem die Schwächsten: wehrlose und unschuldige Kinder, Frauen und Zivilisten. Wir fordern ein Ende dieses Unrechts und sagen klar und deutlich: Das Völkerrecht gilt für alle Staaten, unabhängig davon, wie mächtig oder einflussreich sie sein mögen! Das Völkerrecht gilt auch für Israel! Israel tritt aber durch Unterstützung der USA und vieler westlich-europäischer Staaten, einschließlich Deutschland, seit 76 Jahren das internationale Völkerrecht mit Füßen und begeht Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dies sind keine subjektiven oder bloßen Vorwürfe, sondern Feststellungen internationaler Gerichte und Organisationen. In diesem Zusammenhang möchte ich die vier jüngsten Gutachten und Berichte kurz zusammenfassen.

Erstens: Internationaler Gerichtshof der Vereinten Nationen verurteilte in seinem Gutachten vom 19. Juli 2024 die anhaltende Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel als völkerrechtswidrig und illegal. Was Israel seit 76 Jahren in Gaza und Palästina macht, ist nach dem Gutachten des Gerichts ein System der Apartheid. Das Gericht rief Israel dazu auf, die Besetzung der Gebiete so schnell wie möglich aufzuheben, sämtliche Aktivitäten zur Besiedlung des Westjordanlands und Ostjerusalems unverzüglich einzustellen und die jüdischen Siedler zu evakuieren. Israel müsse zudem Reparationen an alle Palästinenser bezahlen, die durch die anhaltende Besetzung Schäden erlitten hatten. Dieses Urteil ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Botschaft an die Welt. Kein Staat darf diese Besetzung weiter unterstützen oder rechtfertigen. Dies gilt auch für Deutschland!

Zweitens: Im Bericht einer UN-Sonderkommission, der den Zeitraum von Oktober 2023 bis Juli 2024 abdeckt und am 18. November der UN-Vollversammlung präsentiert wurde, heißt es:

„Durch die Belagerung des Gazastreifens, die Behinderung humanitärer Hilfe, zusammen mit gezielten Angriffen und der Tötung von Zivilisten und humanitärem Personal verursacht Israel vorsätzlich Tod, Hunger und schwere Verletzungen und benutzt Hunger als Kriegsmethode und bestraft kollektiv die palästinensische Bevölkerung. Das alles geschieht trotz wiederholter Appelle der Vereinten Nationen, verbindlicher Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs und Resolutionen des Sicherheitsrates.

Drittens: Der Internationale Strafgerichtshof hat am 21. November, Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Gallant erlassen. Die Anklagepunkte gegen Netanjahu und Gallant sind erschütternd: vorsätzliche Tötungen, unmenschliche Handlungen, die Verweigerung von lebenswichtigen Gütern wie Nahrung, Wasser, Medizin und Strom – all das hat zu einer humanitären Katastrophe geführt, die gegen jedes Prinzip des Völkerrechts verstößt.

Viertens: Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat am 5. Dezember einen 296-seitigen umfassenden Bericht zu den Kriegsverbrechen Israels veröffentlicht. Amnesty International kommt aufgrund der analysierten Belege zu dem Schluss, dass Israel durch seine Handlungen und Unterlassungen einen Völkermord an den Palästinenser*innen im Gazastreifen begangen hat und weiterhin begeht. Die vorliegende Untersuchung zeigt auf, dass Israels Handlungen in den Geltungsbereich der Völkermordkonvention fallen.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Die eben vorgetragenen Berichte, Gutachten und Urteile müssten ein letzter Weckruf für die Bundesregierung sein, die Waffenlieferungen nach Israel einzustellen. Doch der Bundeskanzler Scholz kündigte am 4. Dezember im Bundestag erneut an: „Wir haben Waffen geliefert und wir werden Waffen liefern.“ Ungeachtet der Vorwürfe von Amnesty International, der Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs, des UN-Berichts zu Völkermord und des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs zur Illegalität der Besatzung Israels zeigt die Haltung von Kanzler Scholz, der Bundesregierung und der Parteien im Bundestag, dass sie aus der Geschichte nichts gelernt haben.

Heute und hier fordern wir, genauso wie Amnesty International, den Bundeskanzler und die Bundesregierung auf,

1. dringend Maßnahmen zu ergreifen, um Israels völkerrechtswidrige Handlungen und den Genozid im Gazastreifen zu stoppen
2. einen sofortigen Waffenstillstand zu fördern
3. Rüstungslieferungen an Israel sofort auszusetzen
4. mit ihren Möglichkeiten territoriale Veränderungen im Gazastreifen zu verhindern
5. die Mitwirkung deutscher Unternehmen an Kriegsverbrechen Israels zu unterbinden

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Israel und seine Lobbyisten verdrehen die Realität des Nahostkonflikts. Seit dem 7. Oktober versuchen die israelische Regierung und ihre Lobbyisten in Deutschland und weltweit, die Hamas und die Hisbollah als alleinige Verursacher der humanitären Katastrophe in Gaza und Palästina darzustellen. Vorher waren die Schuldigen die PLO oder die Fatah, nun die Hamas und die Hisbollah. Es geht hier eindeutig nicht um die Hamas oder die Hisbollah, sondern um den erbarmungslosen Umgang des israelischen Staates mit dem ganzen palästinensischen Volk. Die Wurzeln dieses Leids und der humanitären Katastrophe in Gaza und Palästina reichen weit zurück. Die 76 Jahre lange Unterdrückung der Palästinenser, der systematische Landraub, die Verweigerung grundlegender Menschenrechte, konkreter gesagt, der Genozid des Apartheitsregimes Israels sind die wahren Ursachen für diese humanitäre Katastrophe. Die Wahrheit ist: Diese humanitäre Katastrophe begann nicht am 7. Oktober. Israel ist nicht das Opfer, sondern der Täter! Diese Manipulation der Täter-Opfer-Rolle darf nicht länger ignoriert werden. Wir dürfen nicht schweigen, wenn die Wahrheit ständig vertuscht und manipuliert

wird. Wie die weltbekannte Fabel „Der Wolf und das Lamm“ uns lehrt, findet der Stärkere immer eine Begründung, wenn er Unrecht begeht – genauso wie Israel es seit 76 Jahren tut.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit! Heute und hier, genauso wie in vergangenen Wochen in anderen Städten, richte ich öffentlich folgende Fragen an alle, von der Bundes- und Landesregierung bis zu den Vertretern auf kommunaler Ebene, die Israels Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Selbstverteidigung rechtfertigen:

Ist die brutale und barbarische Tötung von über 50.000 Zivilisten, darunter 20.000 Kindern, eine Selbstverteidigung? Ist es Selbstverteidigung, ein dicht besiedeltes Gebiet wie Gaza in Schutt und Asche zu legen? Ist es Selbstverteidigung, Millionen Menschen ohne Wasser, Nahrung oder Strom zurückzulassen? Ist es Selbstverteidigung, Krankenhäuser zu bombardieren? Ist es Selbstverteidigung, Schulen, Moscheen, Kirchen, Flüchtlingsheime und UN-Schutzeinrichtungen anzugreifen und zu zerstören?

Ich frage alle, die immer noch an der Seite des Völkermörders und Kindermörders Israel stehen: Wie lange wollt ihr euch noch mit einem Völker- und Kindermörder solidarisieren? Das, was Israel in Gaza und Palästina macht, ist keine Selbstverteidigung. Das ist ein Völkermord, ein Genozid! Das ist keine Selbstverteidigung, das ist Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das ist keine Selbstverteidigung, das ist nur Barbarei eines Apartheitsregimes. Jeder, der diesen Völkermörder und Kindermörder Israel politisch, finanziell und militärisch unterstützt, ist an dem Völkermord in Gaza und an jedem getöteten Kind in der Region mitverantwortlich und mitschuldig!

An dieser Stelle will ich hier unsere Grundsatzposition zur Würde des Menschen und zum Schutz des menschlichen Lebens klarstellen. Für die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen gilt das universelle Gebot im Qur'an: „Das Leben eines einzigen friedfertigen, wehrlosen und unschuldigen Menschen, unabhängig von seiner Herkunft oder seiner Religion, ob Palästinenser oder Israeli, ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit.“ Dementsprechend haben wir als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen, anders als alle politischen Parteien und alle gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und der Zentralrat der Juden in Deutschland, ohne Wenn und Aber, die Gewalt und die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung in Gaza und Israel aufs Schärfste verurteilt, und nicht nur seit dem 7. Oktober letzten Jahres. Wir rufen weiterhin sowohl die israelische Regierung als auch die Hamas auf, die Gewalt unverzüglich zu beenden, Geiseln und Gefangenen auf beiden Seiten freizulassen, zum Verhandlungstisch zurückzukehren und endlich mal einen aufrichtigen Friedensprozess mit einer gerechten

Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und im Interesse von beiden Völkern zu beginnen.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Seit Jahrzehnten lancieren der Völker- und Kindermörder Netanjahu und die zionistischen Israel-Lobbyisten, insbesondere in Deutschland, immer wieder reflexartig Antisemitismus-Debatten – und das nicht erst seit dem 7. Oktober 2023. Diese Debatten werden gezielt genutzt, um vom Völkermord in Gaza und den Kriegsverbrechen Israels im Nahen Osten abzulenken. Ihr Ziel ist klar: Kritik an Israels Politik als Antisemitismus zu diffamieren und zu diskreditieren, um die öffentliche Debatte zu lenken und die internationale Gemeinschaft daran zu behindern, sich mit Israels Verstößen gegen das Völkerrecht auseinanderzusetzen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Doch diese Taktik darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier nicht um eine Frage von Antisemitismus handelt, sondern um die Frage von Recht und Gerechtigkeit.

Heute müssen wir klarstellen: Benjamin Netanjahu ist nicht der Verteidiger des jüdischen Volkes, als den er sich darstellt. Im Gegenteil, er ist der größte Antisemit, denn er missbraucht den berechtigten Kampf gegen Antisemitismus, um seine völkerrechtswidrige Besatzungspolitik zu verschleiern, seine eigene Macht zu sichern und Kritik an seinen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu unterdrücken. Somit schadet er der jüdischen Gemeinschaft am meisten.

Netanjahu verachtet internationale Rechte und Gesetze. Er tritt das Völkerrecht mit Füßen, indem er völkerrechtswidrig Gebiete besetzt, zivile Bevölkerungen bombardiert und das Leben von Millionen von Menschen im Nahen Osten zerstört. Gleichzeitig nutzen Netanjahu und die zionistischen Israel-Lobbyisten weltweit den Antisemitismus-Vorwurf als Waffe gegen Kritiker, unabhängig davon, ob diese aus der internationalen Gemeinschaft, aus der israelischen Zivilgesellschaft oder aus den jüdischen Gemeinden weltweit kommen.

Dieser böartige Missbrauch schürt Antisemitismus, anstatt ihn zu bekämpfen. Denn er vermittelt den Eindruck, dass jede Kritik an Israels Politik antisemitisch sei. Das ist falsch und gefährlich! Es schadet dem berechtigten Anliegen, Antisemitismus entschieden entgegenzutreten, und stößt viele Menschen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, vor den Kopf.

Um dies zu verhindern, rufen wir die israelische Bevölkerung und die jüdischen Gemeinden in Deutschland und weltweit auf, Stellung zu beziehen. Es ist an der Zeit, gegen diesen Miss-

brauch des Antisemitismus durch die zionistischen Israel-Lobbyisten und Netanjahu sowie gegen seine Politik der Besatzung und der Apartheid aufzustehen.

Netanjahus Politik führt nicht zur Sicherheit Israels, sondern zu dessen Isolation. Sie bringt nicht Frieden, sondern unendliches Leid und Zerstörung. Wer wirklich an das Wohl Israels und des jüdischen Volkes glaubt, muss sich gegen dieses Apartheid-Regime stellen und für einen Weg des Dialogs, der Gerechtigkeit und des Respekts vor dem Völkerrecht eintreten.

Wir werden nicht zulassen, dass der Kampf gegen Antisemitismus von zionistischen Israel-Lobbyisten, genauso wie von Netanjahu, missbraucht wird, um Israels Kriegsverbrechen und Völkermord zu verschleiern! In diesem Zusammenhang gilt unsere Kritik auch für Dr. Josef Schuster, den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland. Statt den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs zu respektieren und den Völkermord Israels zu verurteilen, stellt er sich hinter einen Völker- und Kindermörder Netanjahu.

Unsere Botschaft ist unmissverständlich: Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft, genauso wie antimuslimischer Rassismus und jede andere Form von Rassismus.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Seit vierzehn Monaten erleben wir mit Entsetzen, wie der Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt wurde. Alleine in Gaza wurden mehr als 45.000 unschuldige Zivilisten, darunter zwei Drittel Kinder und Frauen, von Israel grausam getötet und über 100.000 Zivilisten verletzt. Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser werden zerstört, und die Menschenrechtsverletzungen sind unzählbar. Unter den Augen der internationalen Gemeinschaft setzt Israel den Genozid in Gaza unaufhörlich und ungestraft fort. Alle Staaten sind gemäß Genozid-Konvention verpflichtet, dazu beizutragen, den Völkermord an Palästinenser*innen im Gazastreifen sofort zu stoppen. Notwendig ist ein umfassendes Waffenembargo. Wer weiterhin Waffen an Israel liefert, beteiligt sich an diesem Völkermord. Das gilt insbesondere für wichtige Rüstungslieferanten wie USA und Deutschland.

Die Eskalation beschränkt sich nicht auf Gaza. Israel hat seine militärischen Operationen auf andere Teile der Region ausgeweitet. Im Libanon und nun auch in Syrien führt Israel unter der Vorwand der „Selbstverteidigung“ und vermeintlicher „Präventivmaßnahmen“ Angriffe durch, die mit einer aggressiven Besatzungspolitik eingehen. Ziele in Syrien werden bombardiert, und Gebiete werden völkerrechtswidrig besetzt, während die Staatlichkeit Syriens systematisch untergraben wird

Wie ein Banditen- und Terrorstaat nutzt Israel die geschwächte Lage Syriens, die durch den Bürgerkrieg und den Machtverlust des Assad-Regimes destabilisiert ist, um eigene geostrategische Interessen durchzusetzen – auf Kosten der syrischen Bevölkerung und der Stabilität der gesamten Region. Diese Politik ignoriert nicht nur die Menschenrechte der Betroffenen, sondern verletzt auch grundlegende Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität eines Staates. Die völkerrechtswidrigen Handlungen Israels senden ein klares Signal: Die Stärke des Rechts wird durch das Recht des Stärkeren ersetzt.

Diese eskalierende Politik gefährdet nicht nur den Frieden im Nahen Osten, sondern stellt eine Bedrohung für die globale Sicherheit dar. Die Weltgemeinschaft kann und darf nicht länger zu sehen. Wir fordern die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft auf, sich aufrichtig und tatkräftig gegen den Genozid in Gaza und gegen den Flächenbrand und die aggressive Besatzungspolitik Israels sowie für Frieden, Gerechtigkeit und Menschlichkeit im Nahen Osten einzusetzen. Der Nahen Osten braucht nicht mehr Waffen, nicht mehr Bomben – er braucht Hoffnung, Dialog, das Ende von Besatzung und Krieg sowie Frieden und Gerechtigkeit.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Seit dem vergangenen Sonntag erleben wir einen Wendepunkt der Geschichte – das Ende einer 61 Jahre währenden Herrschaft aus Unterdrückung, Gewalt und Tyrannei. Bashar al-Assad, der Diktator, der für den Tod von einer Million Menschen verantwortlich ist. Der Diktator, der Millionen Menschen ihrer Heimat beraubt hat. Der Diktator, der sein eigenes Volk verraten hat, ist gefallen. Er ist geflohen. Das Regime der Angst und Unterdrückung ist Geschichte. Dies ist ein Sieg für die Gerechtigkeit. Es ist die lebendige Bestätigung des Spruchs: „Zulm ile abad olunmaz.“ Mit Unterdrückung und Gewalt kann niemand ewig herrschen.

Syrien gehört dem syrischen Volk – und nur dem syrischen Volk! Es ist nicht das Spielfeld ehemaliger Kolonialmächte, nicht die Bühne für geopolitische Machtspiele und nicht die Beute anderer, die im Verborgenen die Fäden ziehen, um ihre eigenen Interessen auf Kosten des syrischen Volkes durchzusetzen. Die Souveränität Syriens ist unantastbar, und jeder fremde Einfluss, der dieses Land spaltet, ausbeutet oder unterdrückt, muss konsequent beendet werden, damit das syrische Volk in Freiheit und Würde leben kann.

Alle Hände der Fremden, die Syrien durch militärische Gewalt, politische Manipulation oder wirtschaftliche Ausbeutung zu kontrollieren versuchen, müssen vollständig und dauerhaft ab-

gezogen werden! Es gibt keinen Platz für Besatzungstruppen, keinen Raum für Stellvertreterkriege und keine Legitimation für Machenschaften, die das syrische Volk seine Rechte, seine Würde und seine Zukunft berauben. Fremde Mächte, die Chaos und Unfrieden stiften, zerstören nicht nur die Stabilität Syriens, sondern gefährden den gesamten Nahen Osten.

Syrien braucht keine fremde Einmischung, sondern die Freiheit, eigenständig über sein Schicksal zu entscheiden, ohne Druck oder Kontrolle von außen. Es ist an der Zeit, die Stimme des syrischen Volkes zu respektieren, seine Souveränität uneingeschränkt zu achten und alle äußeren Einflüsse zu beenden, die das Land in eine neue Abhängigkeit stürzen könnte. Nur ein Syrien, das unabhängig und souverän ist, kann die tiefen Wunden der Vergangenheit heilen, die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft schaffen und Hoffnung sowie Stabilität in der Region und darüber hinaus ausstrahlen.

Doch genauso wichtig wie die Befreiung von äußeren Einflüssen ist die Befreiung von den inneren Ketten der Vergangenheit. Sunniten und Schiiten, Muslime und Christen, Araber, Kurden, Turkmenen und alle ethnischen Gruppen gehören zu Syrien. Syrien wird nicht durch Hass, sondern durch Versöhnung wiederaufgebaut.

Wer schweigt, wenn Sunniten Schiiten unterdrücken, oder wer wegschaut, wenn Schiiten Sunniten verfolgen, hat den Geist der Gerechtigkeit im Islam nicht verstanden. Als Muslime, ob sunnitisch oder schiitisch, sind wir verpflichtet, uns mutig gegen alle Tyrannen und gegen jede Form der Unterdrückung zu stellen – unabhängig davon, wer sie ausübt oder gegen wen sie gerichtet ist. Ob es die Netanjahu-Regierung ist, die Assad-Regierung oder diejenigen, die in unseren eigenen Reihen Unrecht begehen – unser Einsatz für Recht und Gerechtigkeit muss konsequent und aufrichtig bzw. ohne Doppelmoral sein. Nur so können wir glaubwürdig für die Werte eintreten, die der Islam von uns verlangt. Nur so können wir zu einer besseren, gerechteren Welt beitragen.

Die Botschaft des Korans und die Lehren unseres Propheten Muhammad (Friede sei mit ihm) lassen keinen Raum für Zweifel. Der Koran sagt: „Helft einander in Gerechtigkeit und Frömmigkeit, doch helft nicht bei Sünde und Übertretung“ (Sura 5, Vers 2). Genauso fordert unser Prophet Muhammed (Friede sei mit ihm) uns Muslime dazu auf: „Ich schwöre bei Allah: Entweder gebietet ihr das Gute, verbietet das Schlechte, haltet die Hand des Unterdrückers zurück, verhindert die Unterdrückung, führt ihn zum Recht und haltet das Recht über ihn; oder Allah der Erhabene macht eure Herzen denen der Unterdrücker gleich.“

Unsere Vision für Syrien ist eine Nation in Vielfalt, die auf Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle basiert. Ein Land, das die ethnische und religiöse Vielfalt feiert, statt sie zu bekämpfen. Ein Syrien, das Frieden und Hoffnung in die Welt ausstrahlt, wie es einst eine Wiege der Zivilisation war. Syrien kann und wird wieder ein Leuchtturm der Wissenschaft, der Kultur und des Friedens werden. Dazu können und sollen wir unseren bescheidenen Beitrag leisten, indem wir – auf dem Weg zur Verwirklichung dieses Traums - an der Seite des syrischen Volkes stehen. Wir haben die Verantwortung, diesen Prozess zu unterstützen. Jeder von uns kann einen Beitrag leisten – sei es durch Worte, Taten oder Gebete. Gemeinsam können wir Syrien wiederaufbauen und eine Zukunft schaffen, die nicht von Blut und Tränen, sondern von Hoffnung und Menschlichkeit geprägt ist. Lasst uns also zusammenstehen, als eine Stimme für Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit. Denn nur gemeinsam können wir die Dunkelheit vertreiben und den Weg für eine bessere Zukunft ebnen.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Die Diskussion, die in Deutschland nach dem Sturz des Assad-Regimes über die Rückkehr syrischer Flüchtlinge entbrannt ist, ist beschämend und unwürdig. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, wie wir Syrien beim Wiederaufbau unterstützen können – wie wir den Menschen Sicherheit, Stabilität und neue Perspektiven bieten können – dreht sich die Debatte vor allem um innenpolitische Taktiken, das Schüren von Stimmungen und den Versuch, Wählerstimmen zu fangen. Sie verfehlt dabei nicht nur die humanitäre Verantwortung, sondern ignoriert auch die Tatsache, dass sich Syrien noch immer in einem fragilen Prozess der Stabilisierung befindet.

Flüchtlinge, die unter unvorstellbaren Bedingungen hierherkamen, weil sie vor Bomben, Folter und Tod geflohen sind, werden nun oft auf bürokratische Zahlen und soziale Belastungen reduziert. Dabei wird ignoriert, dass die Rückkehr in ein Land, das noch immer zerrüttet und von tiefen Wunden gezeichnet ist, keine einfache Lösung darstellt. Syrien ist mehr als die bloße Abwesenheit Assads – es braucht Zeit, internationale Unterstützung und ein stabiles Fundament, bevor es für Rückkehrer sicher und lebenswert werden kann.

Diese Debatte ist nicht nur voreilig, sie ist auch ein Schlag ins Gesicht all jener, die hier Schutz gefunden haben. Sie verdienen Respekt, Solidarität und Unterstützung, anstatt erneut als politisches Problem behandelt zu werden. Der wahre Test unserer Menschlichkeit und unserer Werte liegt nicht darin, wie schnell wir Menschen zurückschicken können, sondern darin, wie wir ihnen helfen, ein neues Leben aufzubauen – ob in Syrien oder in Deutschland. Statt Symbolpolitik und polemischen Diskussionen brauchen wir eine Debatte, die den Menschen in den

Mittelpunkt stellt. Es geht um Würde, Gerechtigkeit und darum, das Leid eines Volkes nicht für innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Zum Abschluss möchte ich nun auf den Kern meiner Rede zurückkommen und das Hauptanliegen noch einmal in den Vordergrund stellen. Lassen Sie uns das heutige Hauptthema mit der zentralen Botschaft beenden, die uns alle betrifft und die Grundlage für unser weiteres Handeln bildet.

Die schrecklichen Lektionen aus dem Holocaust sind eine eindringliche Mahnung an uns alle, wie wir im Falle von Völkermorden in Gegenwart und Zukunft handeln müssen:

Vergangene Völkermorde nicht vergessen! - Aktuelle Völkermorde nicht ignorieren!

Unsere historische Verantwortung als Deutschland gilt in diesem Sinne der Wahrung der Menschenwürde und des humanitären Völkerrechts, nicht der Unterstützung von Kriegsverbrechen und Völkermord Israels!

In diesem Sinne appelliere ich an die deutsche Gesellschaft:

Lassen Sie uns den Mut haben, für Gerechtigkeit und Menschlichkeit einzustehen. Denn nur so können wir dem Versprechen, das wir aus unserer Geschichte gezogen haben, gerecht werden:

Nie wieder schweigen! Nie wieder wegschauen! Nie wieder ignorieren! Nie wieder tolerieren und dulden! Nie wieder ein Teil der Beihilfe zu einem Völkermord sein!

Durch unsere Demonstrationen hessenweit wollen wir ein klares Zeichen setzen: Für die Geltung des Völkerrechts für alle Staaten, für die Gerechtigkeit, für die Menschenrechte und für den Frieden im Nahen Osten und überall in der Welt!

Heute und hier sagen wir wieder laut und deutlich:

Wir werden solange nicht schweigen, bis der Genozid Israels in Gaza ein Ende hat!

Wir werden unsere Demonstrationen auch nach den Weihnachtsferien hessenweit solange fortsetzen, bis es eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten gibt!

Wir werden solange nicht schweigen, bis es Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten gibt!

Zum Schluss möchte ich hier, wie auch überall, eine bedauerliche Tatsache in Deutschland ansprechen und unser wichtigstes Ziel verkünden:

Das offizielle Deutschland befindet sich unter der Gefangenschaft der zionistischen Israel-Lobbyisten. Das offizielle Deutschland kann nicht frei und unabhängig von dieser Lobby denken und handeln. Dies wird erneut dadurch bestätigt, dass die Bundesregierung – trotz der Urteile, Gutachten und Berichte der internationalen Gerichte und Organisationen bezüglich des Völkermords und der Kriegsverbrechen Israels – immer noch daran festhält, Israel politisch, finanziell und militärisch weiterhin zu unterstützen. Gemeinsam mit euch und Friedensaktivisten Hessen und Deutschland weit werden wir unser gemeinsames Land, unsere Heimat Deutschland aus dieser Gefangenschaft der zionistischen Israel-Lobbyisten befreien!

Gemeinsam werden wir weiterhin von unserem Bundesland Hessen und unserer Heimat Deutschland aus unseren Beitrag zur Beendigung des Genozids in Gaza und zum Frieden und zur Gerechtigkeit im Nahen Osten leisten!